

NSTN



Nachrichten

Niedersächsischer Städtetag
9/2009



Impressum

Herausgeber:

Niedersächsischer Städtetag
Prinzenstraße 23, 30159 Hannover
Telefon 0511 36894-0
Telefax 0511 36894-30
eMail: redaktion@nst.de
Internet: www.nst.de

Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt

Schriftleitung:

Hauptgeschäftsführer
Heiger Scholz

Verlag, Gesamtherstellung und Anzeigenverwaltung:

WINKLER & STENZEL GmbH
Schulze-Delitzsch-Straße 35
30938 Burgwedel
Telefon 05139 8999-0
Telefax 05139 8999-50

ISSN 1615-0511

Zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 10 vom 1. Januar 2007 gültig.

Die Zeitschrift erscheint monatlich. Es können auch Doppelhefte erscheinen. Bezugspreis jährlich 48,- €, Einzelpreis 4,50 € zzgl. Versandkosten. In den Verkaufspreisen sind 7% Mehrwertsteuer enthalten. Für die Mitglieder des Niedersächsischen Städtetages ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Wir bitten, Bestellungen der Zeitschrift an den Verlag zu richten.

Mit dem Namen des Verfassers veröffentlichte Beiträge stellen nicht immer die Auffassung der Schriftleitung bzw. des Herausgebers dar. Die Beiträge in der Rubrik „Nachrichten aus Wirtschaft und Technik“ erscheinen außerhalb der Verantwortung der Schriftleitung. Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt der Verlag keine Gewähr. Nachdruck und Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Redaktion. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Zum Titelbild

Stadt Achim
Wochenmarkt in Achim

NSTN Nachrichten



Niedersächsischer Städtetag

9/2009

Inhalt

Das Stadtporträt

Stadt Achim 154

Editorial

..... 155

Allgemeine Verwaltung

Kommunalpolitik in Deutschland 2009 156

EuGH stärkt kommunale Kooperationen – Vergabefreiheit mit Einschränkungen 157

Gespräch mit Steuerzahlerbund 160

ISG: Das besondere Seminar 166, 167

Hundegesetz 174

Aus der Beratungspraxis: Aufstellung der Tagesordnung von Ratssitzungen 162

Finanzen und Haushalt

Auswirkungen des Konjunkturpaketes II und Vermeidung

vergaberechtlicher Fallstricke 159

Finanzmanagement 161

Schule, Kultur und Sport

Sportvereine – starke Partner der Ganztagschulen! 163

Jugend, Soziales und Gesundheit

Die Integrationspolitik in den Kommunen 165

Kooperationsvereinbarung unterzeichnet: Weg für Pflegestützpunkte in

Niedersachsen ist frei 167

Wirtschaft und Verkehr

Back to future? Perspektiven der Kommunalwirtschaft 168

Aus dem Verbandsleben

Hohe Feuerwehr-Auszeichnung für Vizepräsident Oberbürgermeister Heiner Pott 169

Mitglieder berichten 164

Personalien 171

Rechtsprechung

Kalkulatorische Berücksichtigung eines Fremdleistungsentgelts

bei fehlender Ausschreibungspflicht 171

Schrifttum 175

Kommunalpolitik in Deutschland 2009

Ergebnisse einer bundesweiten Befragung von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern

von Dirk Schröder, Stadtrat der Stadt Hildesheim



Die Kommunalpolitik ist eine der anspruchsvollsten ehrenamtlichen Betätigungsfelder in unserer Gesellschaft. Trotz geringer Aufwandsentschädigung sind in den deutschen Kommunen Frauen und Männer in den Kommunalparlamenten aktiv und gestalten mit ihrem Engagement die Zukunft unserer Städte, Kommunen und ihrer Bürgerinnen und Bürger.

In Zeiten des demografischen Wandels und steigenden beruflichen Belastungen wird es immer schwerer werden, Menschen für dieses ehrenamtliche Engagement gewinnen zu können. Ein demokratischer Staat ist jedoch in hohem Maße auf dieses Engagement angewiesen und braucht auch in Zukunft Menschen, die einen Teil ihrer knapp bemessenen Freizeit für kommunale Politik aufwenden und so daran mitwirken, die Zukunftsstrategien in den Städten, Gemeinden und Landkreisen weiter zu entwickeln und bestehende vielschichtige Probleme insbesondere in finanzieller Hinsicht zu lösen.

Kommunalpolitik erfordert umfangreiche Kenntnisse der ehrenamtlichen Politikerinnen und Politiker. Eine Kommune kann nur so gut sein, wie die Politikerinnen und Politiker, die ihre Kenntnisse einbringen, lösungsorientiert und konstruktiv an der Gestaltung mitwirken.

In einer online-gestützten Befragung haben sich vom 1. März bis 30. Juni 2009 insgesamt 577 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus dem gesamten Bundesgebiet beteiligt und fast 11.000 Daten eingegeben. Die ersten Ergebnisse der Befragung werden hier dargestellt.

421 der Befragten sind männlich (73 Prozent), 156 weiblich (27 Prozent). 29,8 Prozent der Befragten engagieren sich in einer Gemeinde, 49,4 Prozent in einer Stadt und 20,8 Prozent in einem Landkreis Parlament.

Fast 58 Prozent aller befragten Kommunalpolitiker hat einen Hochschulab-

schluss, über sechs Prozent davon haben promoviert.

66 Prozent der Befragten gehen neben ihrem Engagement in den Kommunalparlamenten einer Vollzeit Beschäftigung (40 Std./ Woche) nach, 28,4 Prozent davon sogar über 40 Std./ Woche.

Die größte Gruppe der Kommunalpolitiker sind Angestellte (28,8 Prozent), gefolgt von Selbstständigen (21 Prozent), Beamten (15,8 Prozent) und Rentnern (11,8 Prozent).

Der zeitliche Umfang der Befragten für die Ratstätigkeit ist im Durchschnitt wesentlich höher als der für Parteiarbeit.

Befragt nach ihren persönlichen Zielen des Engagements in den Kommunalparlamenten wurden insgesamt 508 Angaben (offene Antwortmöglichkeit) gemacht. Im Ranking der Ziele liegen die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik (Ausbau Kindertagesstätten, Vereinbarkeit Familie Beruf, Kinder- und Jugendarbeit, Kinderspielplätze, Prävention, frühe Angebote der Bildung etc.), Soziale Gerechtigkeit (Teilhabe für alle Bevölkerungsschichten, soziale Vorsorge, Zusammenleben verschiedener Kulturen, Migration), Dienstleister Kommunalverwaltung/ Bürokratieabbau/ Arbeit im Sinne der Bürger (Bürgernahe Verwaltung & Politik, Partizipation von Bürgern, Bürgerbeteiligungsverfahren, lösungsorientierte Arbeit, Managementdenken, Abbau von Fraktions- und Parteiendenken, Interessenvertretung der Kommune und nicht einer Partei, Lösungen und Perspektiven entwickeln, Fraktionsübergreifende Kommunikation und Verständigung, Strategische Ausrichtung der Arbeit des Rates, Generationsübergreifende Verlässlichkeit, Verbesserung der Kommunikation, Transparenz), Bildungspolitik (Ganztagschulen, Verbesserung Bildungssystem, Ausstattung der Schulen, Verbesserung Studiensituation an Hochschulen, Erhöhung der Bildungschancen),

Weiterentwicklung der Kommune/ Stärkung der Lebensqualität (Schaffung von Rahmenbedingungen einer attraktiven Kommune, Konzepte Demografischer Wandel, Nachhaltige Konzepte, Gestaltung der Zukunft), Finanzpolitik (Schuldenreduzierung, sparsamer Einsatz der Finanzmittel, wirtschaftliches Denken und Handeln) vorne. Als weitere Ziele wurden benannt: Ökologie / Klimaschutz, Seniorenpolitik, Kulturpolitik, Verkehrspolitik / ÖPNV, Stadtentwicklung / Stadtplanung, Wirtschaftspolitik, Fremdenverkehr / Tourismus / Stadtmarketing, Sport, Förderung Ehrenamt, Frauenpolitik und Denkmalschutz.

Befragt nach ihrer Motivation, sich in den Kommunalparlamenten zu engagieren, beantworten die Befragten (offene Antwortmöglichkeit) mit Gestaltung der Kommune, Sinnvolle Aufgabe (Persönliche Bereicherung, Neue Erfahrungen, soziale Stellung), Motiviert durch Unzufriedenheit mit bisheriger Politik (Parteienklüngel, Verkrustungen Verwaltung/Politik, Mitmachen statt kritisieren), Politisches Interesse, Soziale Ausgestaltung der Kommune (Familienfreundliche Ausrichtung, Einsatz für soziale Arbeit), überredet / angeworben, Vertretung eigener Interessen (Persönliche Kenntnisse einbringen) und Spaß an Kommunalpolitik.

Spaß an der Kommunalpolitik haben unsere Politiker ganz offensichtlich: fast 92 Prozent aller Befragten macht ihr Ehrenamt in Gemeinde, Stadt oder Landkreis Freude. 91,7 Prozent können ihre persönlichen Kompetenzen in die Arbeit einbringen und 93,8 Prozent finden die Tätigkeit sogar als persönlich bereichernd.

Fast 40 Prozent aller Befragten haben den zeitlichen Aufwand ihres Ehrenamtes vorher falsch eingeschätzt. Über 35 Prozent der Ratsmitglieder wenden allein sechs bis zehn Stunden pro Woche für das Ehrenamt auf. Fast 25 Pro-

zent verbringen mit 11 bis 15 Stunden und fast zehn Prozent mit 16 bis 20 Stunden noch mehr Zeit in den Rathäusern.

79,2 Prozent der Befragten würden Freunden und Bekannten ein Engagement in der Kommunalpolitik empfehlen und fast 70 Prozent schätzen dieses wichtige Ehrenamt als kompatibel für alle Bürger aus allen Berufsgruppen ein.

Weitaus kritischer gehen die Kommunalpolitiker mit der Wirkung ihrer eigenen Arbeit in den Kommunalparlamenten um, denn 53 Prozent aller Befragten geben an, dass ihre Ratsarbeit andere Bürger nicht ermutigt, sich ebenfalls in den Räten zu engagieren. Kommunalpolitiker der Landkreise sind bei dieser Frage am wenigsten zufrieden, 58,3 Prozent aller Landkreispolitiker gehen davon aus, dass die eigene Ratsarbeit die Bürger nicht motiviert. 52,6 Prozent der Kollegen aus Stadträten und 50 Prozent aus Gemeinderäten vertreten ebenso diese Meinung.

Immerhin 61,9 Prozent aller Befragten geben an, dass das Verhältnis zwischen Rat und Verwaltung positiv ist. Damit die fast 38 Prozent, die das Verhältnis zwischen Rat und Verwaltung eher negativ sehen, künftig wieder Licht am Horizont sehen, wurde nach Maßnahmen gefragt, die das Verhältnis verbessern können.

Genannt wurden hier Faktoren wie Offenheit, Vertrauen, Miteinander, Akzeptanz anderer Meinungen, Beteiligung und Transparenz. Politiker sollten weniger Misstrauen gegenüber der Verwaltung haben und die Verwaltung mehr Transparenz zeigen. Wichtig war vielen Befragten die gemeinsame Entwicklung von strategischen Zielen, die Kommunikation und ein intensiver Informations- und Meinungsaustausch und weniger bürokratisches Handeln.

Rat und Verwaltung sollten sich als Einheit begreifen, die am selben Strang zieht. Die Bürgerinnen und Bürger nehmen den Unterschied, den die Akteure machen, überhaupt nicht wahr und interessieren sich auch nicht für die vermeintlichen Differenzen, sondern nur für die Lösungen. Vorbesprechungen wichtiger Themen ohne Öffentlichkeit sehen Politiker als gute Möglichkeit der Verbesserung des Miteinanders.

Für die Verwaltungsmitarbeiter fordern Befragte mehr Eigenständigkeit und selbstständiges Arbeiten, mehr Transparenz und weniger Hierarchie in der Verwaltung. Das Diktat „Die Verwaltung spricht mit einer Stimme“ und dessen oftmals rigide Umsetzung verhindern laut einiger Beiträge fachorientierte Debatten mit den jeweils zuständigen Fachleuten und ihren jeweiligen fachlichen Überzeugungen.

Kritisiert wurde die Besetzung von Stellen in der Verwaltung mit verdienten Parteimitgliedern, gewünscht wurde mehrfach die strikte Parteineutralität in der Verwaltung.

Die Verwaltungsvorlagen müssen nach Einschätzung vieler Befragter prägnanter, verständlicher, überschaubarer und zeitnaher erfolgen. Gewünscht wurden zudem Verwaltungsvorlagen mit alternativen Lösungsmöglichkeiten in der Beschlussvorlage, die Darstellung der Begründung und entsprechend kalkulierter Kosten.

Auch Oppositionsparteien müssen nach Ansicht der Befragten besser informiert werden, kritisch betrachtet wurden mehrfach Alleingänge des (Ober-)Bürgermeisters.

Politiker sollten sich nicht um Detailfragen kümmern, Ratsmitglieder sollten sich die Komplexität und das umfassende Wirken der Verwaltung bewusst machen, so die Meinung einiger Befragter.

Selbstkritisch wurde der Umgang mit Presse und Öffentlichkeit gesehen: wenn keine Presse da ist, wird nur von denen das Wort ergriffen, die etwas zur Sache beitragen können und nicht von allen, die sich gerne reden hören ...

Weitere Umfrageergebnisse können eingesehen werden auf der Homepage www.creapoolhildesheim.de.

EuGH stärkt kommunale Kooperationen – Vergabefreiheit mit Einschränkungen

von Rechtsanwalt Dr. Henning Holz, LL.M.,
Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Hannover

Kommunen, die ihre Abfallentsorgung im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) erledigen, ohne die gegenständlichen Leistungen zuvor ausgeschrieben zu haben, verstoßen nicht gegen das europäische Vergaberecht. Dies entschied die große Kammer des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in ihrem jüngsten Urteil zum Vergaberecht. Damit stellt der EuGH der IKZ insgesamt aber keinen Freifahrtschein im Hinblick auf Ausschreibungspflichten aus.

Die Entscheidung des EuGH vom 9. Juni 2009

Der EuGH hat am 9. Juni 2009 im Fall „Stadtreinigung Hamburg“ (Rs. C-480/06, NZBau 2009, 527) zugunsten der von der EU-Kommission beklagten BR Deutschland entschieden, dass die Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften und deren Eigen-gesellschaften auf vertraglicher Basis von der Vergabepflicht ausgenommen ist, wenn

- mit dem Vertrag die gemeinsame Wahrnehmung einer allen Gebietskörperschaften obliegenden öffentlichen Aufgabe vereinbart wird und
- der Vertrag nicht zu Finanztransfers führt, die über eine Kostenerstattung hinausgehen und deshalb keine Wettbewerbsverzerrung eintritt.

Im zugrunde liegenden Fall hatten die umliegenden Landkreise der Stadtreinigung Hamburg, einer Anstalt öf-